



AFRIKA/MALI - Unterschiedliche Reaktionen auf die Unterzeichnung der Friedensvereinbarungen für Kidal

Bamako (Fidesdienst) – Am gestrigen 18. Juni wurden in Ouagadougou, der Hauptstadt von Burkina Faso, Vereinbarungen zwischen den Behörden Malis und den beiden Tuareg-Rebellengruppen unterzeichnet, die weiterhin die Stadt Kidal im Norden des Landes kontrollieren. Es handelt sich dabei um die Nationale Bewegung für die Befreiung von Azawad) und den Hohen Rat für die Einheit von Azawad (HCUA).

Die Vereinbarungen sehen einen Waffenstillstand, die Rückkehr der Soldaten der staatlichen Armee nach Kidal, die Unterbringung der Rebellengruppen in Basislagern in der Region und die Stationierung von internationalen Friedenstruppen vor. Kidal ist die einzige Stadt die noch nicht von den Soldaten der staatlichen Armee kontrolliert wird.

„Die Vereinbarungen werden von der Bevölkerung unterschiedlich beurteilt“, so der Generalsekretär der Bischofskonferenz von Mali, Pfarrer Edmond Dembele, zum Fidesdienst, „Ein Teil der Bürger sind zufrieden mit den gestern unterzeichneten Vereinbarungen, weil sie die Rückkehr der Soldaten nach Kidal ermöglichen und damit die territoriale Integrität des Landes wiederherstellen. Dies wird auch die Durchführung der Wahl in ganz Mali ermöglichen, was für das Land und die Rückkehr des Friedens ein positives Zeichen ist“. „Auf der anderen Seite“, so der Priester weiter, „sind manche der Ansicht, dass der Staat Mali durch die Unterzeichnung der Vereinbarungen nicht die Entwaffnung der Rebellen erreicht hat und damit nicht als Sieger aus den Verhandlungen hervorgeht. Es entsteht jedoch der Eindruck, als ob ein Großteil der Bevölkerung die Friedensvereinbarungen begrüßt, da man sich eine möglichst rasche Rückkehr zur Normalität wünscht“.

„Die Herausforderung besteht darin, dass die Wahlen gut vorbereitet sind, die in einem Monat und 10 Tagen stattfinden sollen. Der Staat wird insbesondere die Verwaltung in den Regionen des Nordens wieder herstellen müssen“, so Pfarrer Dembele abschließend. (LM) (Fidesdienst, 19/06/2013)